

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEFON: 45 16 31, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Freitag, 26. Mai 1961

Blatt 1005

Ab Freitag vor dem Palais Schwarzenberg:

Internationale Plakatausstellung "Galerie der Straße"

26. Mai (RK) Während der Festwochen wird auf dem Platz vor dem Palais Schwarzenberg, 3, Rennweg 2, eine vom Kulturamt der Stadt Wien und der Gewista veranstaltete Internationale Plakatausstellung unter dem Titel "Galerie der Straße" zu sehen sein. Prof. Victor Th. Slama, der seinerzeit den nun längst populär gewordenen Begriff "Galerie der Straße" geprägt hat, wurde mit der Gestaltung dieser interessanten Freiluftschau von Plakaten betraut. Mit dieser Ausstellung soll das zehnjährige Bestehen der Plakatwertungsaktion des Kulturamtes der Stadt Wien gewürdigt werden und damit setzt die "Galerie der Straße" auch jene Ausstellungsreihe fort, die bisher jeden Spätwinter im Museum für Angewandte Kunst als Rechenschaftsbericht dieser Wertungsaktion stattfand.

Es werden nicht nur österreichische Werbegraphiken ausgestellt, sondern auch besonders hervorstechende Plakate aus 22 anderen Ländern. Die Ausstellung soll vor allem eine Informationsquelle für Auftraggeber, Werbefachleute, Künstler und Kunststudierende über die Leistung Österreichs und des Auslandes auf dem Gebiete der Plakatkunst und deren geschmackbildenden Einfluß und über den volksbildnerischen Wert des Plakates sein. Es ist eine Tatsache, daß das Plakat besonders in Wien - eine Plakatstadt erster Ordnung - erfahrungsgemäß mehr als alle anderen Werke der Bildenden Kunst bei breiten Schichten der Bevölkerung, sogar für die extremsten Richtungen der modernen Kunst, Interesse und Verständnis zu erwecken imstande ist. ./.

Die Internationale Plakatausstellung "Galerie der Straße" wird Freitag, den 2. Juni, um 11.30 Uhr, von Vizebürgermeister Mandl eröffnet. Sie ist dann vom 2. bis 25. Juni täglich zwischen 7 und 21 Uhr bei freiem Eintritt zugänglich.

- - -

50. Geburtstag von Fritz Hochwälder

=====

26. Mai (RK) Am 28. Mai vollendet der Dramatiker Fritz Hochwälder das 50. Lebensjahr.

In Wien geboren, war er bis 1938 als Handwerker tätig und ging dann in die Schweiz, wo er eine Zeitlang in verschiedenen Emigrantenlagern verbrachte. Seit seiner Entlassung lebt er als freier Schriftsteller in Zürich. Bereits im Jahre 1932 wurde sein Erstling "Jahr" aufgeführt und lenkte die Aufmerksamkeit der Theaterkritik auf ihn. Seine Reifezeit begann aber erst in der Schweiz. 1941 begann er mit der Niederschrift seines erfolgreichsten Dramas "Das heilige Experiment", das in viele Sprachen übersetzt wurde und die größte Verbreitung fand. Auch seine anderen Werke, wie "Meier Helmbrecht", "Der öffentliche Ankläger", "Donadieu", wurden auf der ganzen Welt, ausgenommen in den kommunistischen Staaten, aufgeführt. Diese Dramen haben einen historischen Inhalt, sind aber auch zeitbezogen und weltanschaulich bestimmt. Seine jüngsten Arbeiten sind das Schauspiel "Die Herberge", eine dramatische Legende und das moderne Mysterienspiel "Donnerstag", die gleichfalls bedeutende künstlerische Leistungen sind. Fritz Hochwälder ist heute einer der repräsentativsten österreichischen Dramatiker. Sein Ruf geht weit über die Grenzen des deutschen Sprachgebietes hinaus. 1955 wurde ihm der Preis der Stadt Wien für Dichtkunst, 1956 der Grillparzer-Preis der Akademie der Wissenschaften verliehen.

- - -

Wiener Festwochen 1961
 =====

Das Programm für Sonntag, 28. Mai

Theater:

- Burgtheater: Johann Schiller: "Maria Stuart" (Nachmittag)
 Sophokles: "Antigone" (Abend)
- Akademietheater: Franz Molnar: "Der Schwan"
- Staatsoper: Giuseppe Verdi: "Ein Maskenball"
- Volksoper: Johann Strauß: "Eine Nacht in Venedig"
- Theater in der Josefstadt: A.N. Ostrowskij: "Junger Mann macht Karriere"
- Volkstheater: Franz Grillparzer: "Libussa"
- Kammerspiele: Gastspiel Georg Kreisler und Topsy Küppers:
 "Zwei alte Tanten tanzen Tango" (Revue für Fortgeschrittene)
- Raimundtheater: C.M. Ziehrer: "Der Fremdenführer"
- Kleines Theater der Josefstadt im Konzerthaus: Joan Morgan:
 "Der Aktschluß"

Musik

- 9.30 Uhr, Hofburgkapelle: Joseph Haydn: "Mariazeller Messe",
 Leitung: Wilhelm Loibner
- 10.00 Uhr, Pfarre Maria Geburt: Ludwig van Beethoven: Messe in
 C-Dur, Leitung Hans Zwölfer
- 11.00 Uhr, Konzerthaus (Großer Saal)

Eröffnungskonzert

der Wiener Festwochen und des "X. Internationalen
 Musikfestes der Wiener Konzerthausgesellschaft"

Wolfgang Amadeus Mozart: Symphonie D-Dur, KV. 385
 ("Häffner-Symphonie"), Violinkonzert D-Dur, KV. 218
 Richard Strauss: "Ein Heldenleben", op. 40, Wolfgang
 Schneiderhan (Violine), Willy Boskowsky (Klavier),
 Wiener Philharmoniker, Dirigent: Karl Böhm

- 19.30 Uhr, Konzerthaus (Großer Saal)

Internationales Musikfest der Wiener Konzerthausge-
 sellschaft:

Chorkonzert (Jugoslawische Chormusik von Jakobus
 Gallus bis zur Gegenwart)

Chor der Slowenischen Philharmonie Laibach, Dirigent
 Lovro von Matačić

Bezirksveranstaltungen3. Bezirk:

10.00 Uhr, Pfarrkirche Maria Geburt, Rennweg 91: Ludwig van Beethoven: Messe in C für soli, Chor und Orchester. Mitwirkende: Traute Skladal (Sopran), Hermine Doppler (Alt), Heinz Großmann (Tenor), Franz Hölbling (Baß), Dr. Erich Haider und Herbert Schachner (Orgel), Chor und Orchester der Pfarre Maria Geburt. Leitung Dr. Hans Zwölfer.

10.00 Uhr, Heimatmuseum Landstraße, Sechskrügelgasse 11: Lichtbildervortrag mit musikalischer Untermalung. "Ein besinnlicher Spaziergang zu Musiker- und Dichtergedenkstätten der Landstraße." Planung, Farblichtbilder und Führung: Prof. Dr. Ernst Bernleithner. Tonaufnahme und Schnitt: Prof. Dr. Edith Salzer.

4. Bezirk:

Sammlungen der Karlskirche (Ausstellung barocker Kunstwerke) Sonn- und Feiertag von 9 bis 12 Uhr und 15 bis 17 Uhr. An Wochentagen über Anmeldung in der Pfarrkanzlei, Karlskirche, Zugang durch die Kirche, Orgelempore.

5. Bezirk:

Photoausstellung. 12. Bilder- und Sonderschau: "25 Jahre Photogruppe Margareten im TV "Naturfreunde". Amtshaus, Festsaal, Schönbrunner Straße 54. Montag bis Freitag 17 bis 20 Uhr, Samstag 9 bis 18 Uhr, Sonntag 9 bis 12 Uhr. Regiebeitrag 2 Schilling.

6. Bezirk:

Sonderausstellung: "Johann Strauß und das Theater an der Wien". Donnerstag und Samstag von 10 bis 19 Uhr, Sonntag von 9.30 bis 12.30 Uhr, feiertags geschlossen, Heimatmuseum Mariahilfe, Gumpendorfer Straße 4. Eintritt frei.

7. Bezirk:

10.00 Uhr, Pfarrkirche St. Ulrich, Ulrichsplatz: Franz Schubert: Große Messe in Es-Dur für Soli, Chor, Orchester und Orgel. Mitwirkende: Prof. H. Schläfrig, Prof. E. Szit, Staatsopernsänger Kurt Equiluz, K. Mayr, G. Schiller, Chor der Pfarre St. Ulrich. Dirigent: Karl Knassmüller.

10. Bezirk:

10.00 Uhr, Amalien-Kino, Laxenburger Straße 8-10: "Christine und der Wanderzirkus." Tanzspiel von Ilka Peter. Kinder-tanzkreis des Konservatoriums der Stadt Wien. Eintritt frei. (Karten in den Favoritner Schulen erhältlich.)

11. Bezirk:

18.00 Uhr, Pfarrkirche Neu-Simmering, Enkplatz: Orgelmusik. Prof. Walter Pach.

13. Bezirk:

10.30 Uhr, (bei Schlechtwetter am 4. Juni), Schloß Schönbrunn, Schloßhof: Eröffnungskonzert. Mitwirkende: Kapelle der Feuerwehr der Stadt Wien. Dirigent: Otto Wacek. Teilnahme frei.

14. Bezirk:

16.00 Uhr, Bildungsheim, Großer Saal, Penzinger Straße 72: Akkordeonkonzert: "Beliebte Unterhaltungsmusik." Mitwirkende: Kindergruppen. Leitung: Josef Fiala.

15. Bezirk:

10.00 Uhr, Forschneritschpark: Konzert und Turnvorführungen. Mitwirkende: Eisenbahnerkapelle Wien-West, Union Fünfhaus, WAT Rudolfsheim, WAT Fünfhaus, ASKÖ-Männerriege.

16. Bezirk:

"Kennst du Ottakring?" Ein heimatkundlicher Wettbewerb mit Unterstützung der Ottakringer Kaufleute. Auslosung der Preisträger im Rahmen des Festkonzertes der Wiener Symphoniker am 18. Juni im Alber Sever-Saal, 17, Schuhmeierplatz 17-18.

18. Bezirk:

11.00 Uhr, Bezirksvorstehung, Festsaal, Martinstraße 100: "Singen und Musizieren zur Pfingst- und Maienzeit." Mitwirkende: Pötzleinsdorfer Sing- und Musizierkreis. Leitung: Prof. Ing. Frenstatzky und Prof. Peter Widensky.

21. Bezirk:

16.00 Uhr, Volksheim Groß-Jedlersdorf, Siemensstraße 17: Chorkonzert. Mitwirkende: Gemischter Chor des Männergesangsvereines Groß-Jedlersdorf. Leitung: Chormeister Dr. Helmut Knotzinger. Eintritt 6 Schilling.

- - -

Morgen in Wien:

18.000 Mädler und Burschen singen
=====

26. Mai (RK) Morgen Samstag, am Vorabend der Wiener Festwochen, veranstaltet das Landesjugendreferat Wien das traditionelle Bezirksjugendsingen für Mädler und Burschen. Auf öffentlichen Plätzen, in Parks und Höfen werden im Laufe des Vormittags oder des Nachmittags mehr als 18.000 Jugendliche jeweils eineinhalb Stunden Lieder zu Gehör bringen.

Geehrte Redaktion!

Ort und Zeit der einzelnen Chorvorträge finden Sie in dem gestern auf den "RK" Blättern 998 bis 1002 abgedruckten Festwochen Bezirk-Programm für den 27. Mai.

- - -

Gedenktage im Juni

=====

26. Mai (RK)

1. Gunnar Graarud, Sänger (gestorben)	75. Geburtstag
1. Prof. Ernst Kurth, Musikwissenschaftler	75. Geburtstag
1. August Rieger, akademischer Maler (gestorben 22. April 1941)	75. Geburtstag
4. Dr. Richard Donin, Kunsthistoriker	80. Geburtstag
5. Otto Keller, Musikschriftsteller	100. Geburtstag
5. Prof. Georg Merkel, Maler	80. Geburtstag
5. Andreas Gustav Ressel, Schriftsteller	100. Geburtstag
8. Karl Gölsdorf, Techniker, Lokomotivbauer	100. Geburtstag
10. Adolf Wilbrandt, Burgtheaterdirektor	50. Todestag
12. Karl Kraus, Schriftsteller	25. Todestag
12. Heinrich Schöny, Komponist	80. Geburtstag
15. Peter Lafite, Schriftsteller, Kritiker	10. Todestag
15. Karl Ziegler, Kammersänger (gestorben 21. Mai 1944)	75. Geburtstag
17. Viktoria Pohl-Meiser, Schauspielerin	25. Todestag
20. Josef Feil, Vizepräsident des Altertumsvereines der Stadt Wien	150. Geburtstag
21. Josef Ritter, Hofopernsänger	50. Todestag
22. Dr. Ottokar Hans Henneberg, Professor an der Tierärztlichen Hochschule	70. Geburtstag
22. Univ.-Prof. Dr. Gottfried Holler, ehemaliger Direktor des Wilhelminenspitales	75. Geburtstag
22. Johann Paul Kaltenbäck, Historiker	100. Todestag
22. Moriz Schlick, Philosoph,	25. Todestag
24. Dr. Karl Denk, Vizepräsident des Alt-Wiener Bundes, Vizepräsident der Gewerkschaft der Angestellten der Freien Berufe (gestorben 21. Juni 1948)	75. Geburtstag
27. Dr. Paul Dengler, Professor an der Hochschule für Welthandel	75. Geburtstag
27. Univ.-Prof. Dr. Heinz Zatschek, Direktor des Heeresmuseums	60. Geburtstag

Festwochenvorlesungen in den Städtischen Büchereien
=====

26. Mai (RK) Montag, 29. Mai: In der Städtischen Bücherei Nr. 5, 3 Fasangasse 35-37, liest Staatspreisträger Gerhard Fritsch aus eigenen Werken (19.30 Uhr).

Dienstag, 30. Mai: In der Städtischen Bücherei Nr. 19, 11, Kaiser-Ebersdorfer Straße 332, veranstaltet Staatspreisträger Gerhard Fritsch eine Dichterstunde des berühmten amerikanischen Schriftstellers John Steinbeck. (19.30 Uhr). In der Städtischen Bücherei Nr. 65 (Lehrlingsbücherei) 6, Mollardgasse 87, liest der bekannte Schriftsteller Otto Stradal aus eigenen Werken für Jugendliche (16.45 Uhr). In der Städtischen Bücherei Nr. 66 (Lehrlingsbücherei), 15, Hütteldorfer Straße 7-17, liest der bekannte Schriftsteller Erich Dolezal aus eigenen Werken für Jugendliche (15.30 Uhr).

Mittwoch, 31. Mai: In der Städtischen Bücherei Nr. 13, 9, d'Orsaygasse 3-5, liest der berühmte Jugendschriftsteller Karl Bruckner für größere Kinder und Jugendliche (15.00 Uhr). In der Städtischen Bücherei Nr. 26, 13, Faistauergasse 61, liest der **bekannte** Schriftsteller Erich Dolezal für größere Kinder (16 Uhr). In der Städtischen Bücherei Nr. 27, 14, Linzer Straße 309-Breitner-Hof, liest die Jugendschriftstellerin Mira Lobe für Kinder bis zu 10 Jahren (15 Uhr). In der Städtischen Bücherei Nr. 30, 14 Hickelgasse 4-6, spricht die Tierpsychologin Lilli Koenig über ihre Erlebnisse mit Tieren und zeigt einen Tierfilm (für größere Kinder) (16 Uhr). In der Städtischen Bücherei Nr. 41, 18, Weimarerstraße 8, liest Vera Ferra-Mikura für größere Kinder (10 Uhr). In der Städtischen Bücherei Nr. 43, 19, Heiligenstädter Straße 92, liest Irene Stemmer für Kinder bis zu 10 Jahren (15 Uhr).

Freitag, 2. Juni: In der Städtischen Bücherei Nr. 20, 11, Zippererstraße 14, liest Vera Ferra-Mikura für Erwachsene Prosa und Lyrik aus eigenen Werken (19.30 Uhr).

- - -

Empfang für Gemeinwirtschafts-Kongreß
=====

26. Mai (RK) Zum Abschluß des Gemeinwirtschaftskongresses gab Bürgermeister Jones gestern abend im Großen Festsaal des Rathauses einen Empfang für die Delegierten. Von Seiten der Stadt Wien nahmen daran Vizebürgermeister Slavik, Vizebürgermeister Mandl und die Stadträte Riemer und Sigmund teil.

- - -

Änderung auf der Autobuslinie 64
=====

26. Mai (RK) Ab Sonntag, den 28. Mai, wird der bisher von den Wiener Verkehrsbetrieben geführte Betrieb auf der nur an Sonn- und Feiertagen befahrenen Verlängerungsstrecke der Autobuslinie 64 von Liesing über Rodaun nach Perchtoldsdorf eingestellt und künftig an Sonn- und Feiertagen vom Kraftwagendienst der Österreichischen Bundesbahnen (KÖB) übernommen. Die Autobusse der Linie 64 fahren nunmehr an allen Tagen von Meidling Hauptstraße (Stadtbahnstation) bis Liesing, Rathaus.

- - -

Sitzungen Wiener Bezirksvertretungen in der kommenden Woche
=====

26. Mai (RK) In der kommenden Woche finden folgende Sitzungen von Wiener Bezirksvertretungen statt:

Montag, 29. Mai:

17 Uhr, Donaustadt, Lorenz Kellner-Gasse 15,
18 Uhr, Hietzing, Hietzinger Kai 1.

- - -

"Wiener Fremdenverkehr im April
 =====

26. Mai (RK) Das Statistische Amt der Stadt Wien veröffentlicht soeben den Bericht über den Wiener Fremdenverkehr im April. Demnach wurde im Berichtsmonat von den Wiener Beherbergungsbetrieben der Aufenthalt von insgesamt 65.363 Fremden ausgewiesen. Darunter befanden sich 44.091 Besucher aus dem Ausland. Die Zahl der gemeldeten Übernachtungen betrug 188.917.

Die meisten ausländischen Gäste kamen aus der Bundesrepublik Deutschland, nämlich 11.895. Aus den Vereinigten Staaten sind 6.485, aus der Schweiz 2.495, aus Großbritannien 2.247, aus Italien 2.110, aus Frankreich 1.140 und aus Schweden 1.056 Besucher nach Wien gekommen.

In den Jugendherbergen waren 4.149 Jugendliche einquartiert, darunter 1.863 Ausländer.

- - -

Gemäldewechsel bei Cézanne
 =====

26. Mai (RK) In der Cézanne-Ausstellung im Oberen Belvedere hängt nun ein Gemälde des Meisters, das nachträglich von der Albright Art Gallery in Buffalo nach Wien gesandt worden ist. Es handelt sich um "Bassin im Ja de Bouffan", der von Cézanne zwischen 1878 und 1880 gemalt wurde.

Diese Leihgabe löst das Gemälde "Stilleben mit schwarzer Uhr" ab. Das Stilleben wurde von seinem Besitzer, den griechischen Reeder Stavros S. Niarchos, nur bis 22. Mai zur Verfügung gestellt und muß daher an dessen Wohnort in Paris rückgesandt werden.

- - -

Die neue Wiener Marionettenbühne zu den Festwochen
 =====

26. Mai (RK) Die von Ludwig Zant geleitete neue Wiener Marionettenbühne bringt als ihren Festwochenbeitrag bis einschließlich 25. Juni "Die schöne Galathee" von Franz von Suppé. Spieltage sind jeweils Samstag um 19.30 Uhr und Sonntag um 15.30 Uhr.

Die Marionettenbühne befindet sich im Hernalser Heimatmuseum 17, Kindermanngasse 1.

- - -

Wiener Landtag

=====

26. Mai (RK) Unter dem Vorsitz von Präsident Marek trat heute vormittag der Wiener Landtag zusammen.

Vizebürgermeister Mandl referierte über eine Abänderung des Wiener Kinogesetzes 1955, um die vorgesehene gemeinsame Begutachtung von Filmen durch eine Bundesländerkommission möglich zu machen. Der Referent verwies darauf, daß auf Grund der Verfassung Kinoangelegenheiten Landessache seien. Heute ist es noch so, daß jedes einzelne Bundesland die Filme selbst begutachtet. Das kann nun dazu führen, daß ein Film in Wien eine andere Qualifikation bekommt als zum Beispiel im benachbarten Niederösterreich.

Das Unterrichtsministerium hatte zwar eine Filmbegutachtungskommission eingerichtet, doch war dies ein verfassungswidriger Zustand. Um nun zu einer vernünftigen Lösung zu kommen, wurden Verhandlungen zur Bildung einer gemeinsamen Länderkommission aufgenommen. Mit Ausnahme von Vorarlberg werden alle Bundesländer an dieser Kommission teilnehmen.

In der Debatte meldet Abg. Dr. Broesigke (FPÖ) Bedenken gegen verschiedene Formulierungen der Gesetzesnovelle an. Es wird zum Beispiel von "gleichartigen Grundsätzen" gesprochen. Die Frage ist, wie diese Grundsätze aussehen. Im übrigen gab der Redner jedoch die Zustimmung zu der Novelle.

Auch Abg. Bittner (ÖVP) begrüßte im Namen seiner Fraktion den vorliegenden Antrag. Wenn man bedenkt, daß jährlich in Österreich 540 Filme aufgeführt werden, so ist eine einheitliche Begutachtung sehr notwendig, weil dadurch dem Publikum die Möglichkeit gegeben wird das Gute vom Schlechten zu unterscheiden. Seine Fraktion sei jedoch der Meinung, daß eine einheitliche Prädikatisierung nicht ausreicht. Er urgiert in diesem Zusammenhang einen Antrag der ÖVP vom Vorjahr, der Steuerbegünstigungen für gute Filme verlangte.

Vizebürgermeister Mandl sagt in seinem Schlußwort zu den Ausführungen des FPÖ-Redners, daß sich die anscheinend unklaren Formulierungen aus der Langwierigkeit der Verhandlungen ergeben haben. Was die "gleichartigen Grundsätze" betrifft, so müssen diese eben erst geschaffen werden. ./.

Was die Steuerbegünstigung für gute Filme betrifft, so verweist der Referent darauf, daß der Kinobesitzer in den größeren Städten die Filme nur blockweise bekommt. Die Verleiher mischen sehr geschickt gute und schlechte Filme, um das Risiko zu verringern. Man kann also durch eine Steuerermäßigung gar keinen Anreiz geben, mehr gute Filme zu spielen. Außerdem ist der wirklich gute Film auch ohne Förderung ein gutes Geschäft. Schließlich kämen die Steuerbegünstigungen in keiner Weise dem Publikum zugute.

Bei der Abstimmung wird die Vorlage in erster und zweiter Lesung einstimmig angenommen.

Hierauf referiert Stadtrat Maria Jacobi über eine Änderung des Blindenbeihilfengesetzes. Durch die Novelle wird infolge der Erhöhung der Einkommensgrenzen - in Verbindung mit den ebenfalls erhöhten Zuschlägen für unterhaltsberechtigte Angehörige - die Blindenbeihilfe in Zukunft für fast alle Zivilblinde gewährleistet sein.

Abg. Hausner (KLS) wirft unter Bezugnahme auf die Feststellung, daß nun fast alle Zivilblinden die Blindenbeihilfe beziehen werden, die Frage auf, warum dann überhaupt noch ein kostspieliger Beamtenapparat beschäftigt wird, um die Erhebungen über die Einkommen der Antragsteller durchzuführen. Die Festlegung der Meldepflicht bei Einkommensveränderungen könnte beseitigt werden, wenn dem Wunsch der Blinden nach Abschaffung der Einkommensgrenze Rechnung getragen würde. Seit ihrer Festlegung im Jahre 1956 hat sich die Höhe der Blindenbeihilfe nicht verändert. Die durch die Blindheit bedingten Mehrausgaben haben sich aber seit 1956 derart erhöht, daß die von den Blindenverbänden erhobene Forderung nach Erhöhung der Beträge für Vollblinde von 450 Schilling auf 900 Schilling und für praktisch Blinde von 300 Schilling auf 600 Schilling mehr als gerechtfertigt ist. Damit wäre vor allem Hausfrauen gedient, die keine Rente beziehen, und Pensionisten des öffentlichen Dienstes, deren Pensionen wegen frühzeitiger Pensionierung niedrig sind.

Eine berechtigte Forderung der Wiener Zivilblinden betreffe die Gewährung der Fahrbegünstigung für Blinde auf allen Wiener öffentlichen Verkehrsmitteln an allen sieben Tagen der Woche. Die

Fahrbegünstigung ist derzeit eine Fürsorgeleistung, und durch das langsame aber ständig steigende Einkommen verlieren immer mehr Blinde den Anspruch auf die Fahrbegünstigung. Wer Blindenbeihilfe bekommt, soll auch die Fahrbegünstigung bekommen.

Die Vorlage könne als ein bescheidener Schritt nach vorwärts angesehen werden.

Abg. Nesset (FPÖ) bringt zunächst die Klagen von Zivilblinden darüber vor, daß die anweisende Magistratsabteilung sich weigert, die Blindenbeihilfe auf ein Girokonto einzuzahlen. Das bedeutet für viele Blinde Schwierigkeiten, und es sollte ermöglicht werden, diese Beträge auf ein Girokonto einzuzahlen. Nichts wurde darüber gesagt, ob das Gesetz rückwirkend in Kraft gesetzt wird. Die FPÖ ist der Meinung, daß es ab 1. Jänner dieses Jahres wirksam sein sollte. Im Hinblick auf die laufend steigenden Lebenshaltungskosten sollten die Blindenbeihilfen erhöht werden.

Abg. Dr. Helene Stürzer (ÖVP) erklärt, daß zwischen der Ankündigung der Frau Stadtrat Jacobi in der Budgetdebatte und der Vorlage der Novelle an den Landtag mehr Zeit als angenommen vergangen ist und man nicht angenommen hätte, daß der Amtschimmel einen gar so langsamen Trott einschlagen würde. Aus diesem Grunde legt sei einen Antrag vor, das Gesetz bereits mit 1. Jänner 1961 in Wirksamkeit treten zu lassen.

Weiter spricht sie sich für eine Erhöhung der Blindenbeihilfe aus. Sie tritt auch dafür ein, daß die Blinden, die in Anstalten leben, zumindest zum Teil in den Genuß der Blindenbeihilfe kommen. Schließlich regt sie gleichfalls die Abschaffung der Einkommensgrenze an. Das beste wäre eine bundeseinheitliche Regelung der Materie, da damit die beste Hilfe für alle Blinden gegeben wäre. (Beifall bei der ÖVP.)

Abg. Hella Hanzlik (SPÖ) begrüßt es, daß durch diese Gesetzänderung die Einkommensgrenze praktisch gefallen ist. Freilich gibt es noch sehr viele Wünsche der Blinden, die aber im Augenblick aus mancherlei Gründen nicht zu erfüllen sind. Sicher aber werden sie von der Stadtverwaltung einer sorgfältigen Prüfung unterzogen werden. Die Stadt Wien kann ruhigen Gewissens sagen, daß sie sich ihrer großen Verantwortung gegenüber den schwachen

und hilfsbedürftigen blinden Mitbürgern voll bewußt ist und daß sie auch stets bereit ist, der neuen Zeit entsprechende neue Einrichtungen zu schaffen. Der Blindengarten in Döbling ist für ganz Europa beispielgebend. In bestimmten Volks- und Hauptschulen sind ungefähr 300 sehbeschädigte und blinde Kinder untergebracht. Es werden Fahrbegünstigungen gewährt. Es soll also nicht der Eindruck entstehen, als würde die Stadt Wien ihren Pflichten nicht nachkommen. Wir können wirklich stolz darauf sein, daß Wien zu den wenigen Großstädten Europas zählt, wo bettelnde blinde Menschen aus dem Stadtbild verschwunden sind.

Wir sollten die Forderung nach größeren Berufs-Chancen für die Blinden nicht überhören. Die Blindheit soll nicht ausschließlich ein Gegenstand der Fürsorge sein. Die Gesellschaft hätte vielmehr dafür zu sorgen, daß die Rehabilitation auch auf die Blinden ausgedehnt wird. Eine Ausstellung hat bewiesen, mit welcher außerordentlichen Geschicklichkeit und welcher Einfühlungsgabe sie zu arbeiten vermögen und daß sie eine echte Liebe zur Arbeit haben. Es ist erfreulich festzustellen, daß im Gemeindedienst bereits zwei weibliche und sechs männliche blinde Telefonisten sowie zwei blinde Stenotypistinnen arbeiten und daß im Juli dieses Jahres zwei weitere eingestellt werden. Wir könnten uns nur wünschen, daß dieses Beispiel auch in der Industrie Nachahmung findet. Die Novellierung wird unseren blinden Mitbürgern eine Hilfe und Erleichterung bringen, die SPÖ wird ihr selbstverständlich zustimmen (Beifall bei der SPÖ.)

In ihrem Schlußwort erklärte Stadtrat Maria Jacobi, daß es sich bei dem Blindenbeihilfengesetz um eine Fürsorgemaßnahme handelt und daher die Einkommensgrenze nicht völlig fallen kann, weil es nicht Aufgabe eines Landes sein kann, ohne Rücksicht auf die Höhe des Einkommens aus öffentlichen Mitteln einen Beitrag zur Versorgung zu gewähren. Es wäre jedoch zu begrüßen, wenn die Materie durch ein bundeseinheitliches Gesetz geregelt werden könnte. Damit wäre es keine Fürsorge mehr, sondern ein Sozialgesetz.

Das Sozialministerium arbeitet seit fast zwei Jahren an einem Rehabilitationsgesetz, daß alle Körper- und Sinnesbehinderten umfassen soll. So ein umfassendes Gesetz braucht natürlich

sehr viel Zeit, und es wird wohl noch einige Zeit bis zu seiner Vorlage vergehen.

Die Besprechungen mit dem Blindenverband waren durchaus positiv. Der Verband hat diese Novellierung hundertprozentig begrüßt und ist damit einverstanden, da nunmehr praktisch alle Blinden die Beihilfe erhalten. Was den Zeitpunkt des Inkrafttretens anlangt, so kann nicht erwartet werden, daß, wenn in der Budgetdebatte im Dezember eine Ankündigung erfolgt, das Gesetz schon im Jänner vorgelegt werden kann. Die Anregung, die Beihilfe auf ein Girokonto zu überweisen, wird geprüft werden. "Wir wollen allen Sehbehinderten und blinden Mitbürgern unserer Stadt versichern, daß wir uns auch weiterhin bemühen werden, ihr Los zu erleichtern und ihr Leben zu verbessern!" erklärte Stadtrat Maria Jacobi abschließend.

Bei der Abstimmung wird der Novelle einstimmig die Zustimmung erteilt. Der Antrag der Abg. Stürzer wird einhellig dem zuständigen Ausschuß zugewiesen.

Stadtrat Dr. Glück (ÖVP) referiert sodann über das Wiener Heilvorkommen- und Kurortegesetz. Er stellt fest, daß bei dieser Vorlage vom Wiener Landtag bereits in der Sitzung vom 10. März dieses Jahres beraten wurde. Seitens des Abgeordneten Dr. Schmidt waren jedoch in der damaligen Sitzung zwei Ergänzungsanträge und ein Abänderungsantrag wegen Unklarheiten im Gesetzestext eingebracht und die Vorlage daher zur nochmaligen Behandlung an den zuständigen Gemeinderatsausschuß zurückgewiesen worden. Ein Ergänzungsantrag und der Abänderungsantrag wurden nun berücksichtigt und der Referent ersucht nun, der Gesetzesvorlage die Zustimmung zu geben.

Bei der Abstimmung wurde die Vorlage einstimmig angenommen.

- - -

Sitzung des Wiener Gemeinderates
=====

26. Mai (RK). Im Anschluß an die Sitzung des Wiener Landtages fand unter dem Vorsitz von Bürgermeister Jonas eine Sitzung des Wiener Gemeinderates statt.

An Anfragen lagen eine von der FPÖ und zwei von der ÖVP vor. Von der ÖVP wurden ferner sechs Anträge eingebracht, die im einzelnen die gärtnerische Ausgestaltung der öffentlichen Verkehrsfläche vor dem Bahnhof Heiligenstadt, die Einrichtung einer modernen herzchirurgischen Zentralstation in Wien, die Ausschreibung eines Wettbewerbes für Entwürfe moderner Leuchten der öffentlichen Beleuchtung, das Verlangen auf Nichterteilung der Baubewilligung für die Errichtung eines Bürohauses am Rathausplatz Nr. 2 nach den vorliegenden Plänen, die Verlegung der Ausnahme vom Schienenparkverbot von 20 auf 19 Uhr und die vordringliche Erledigung der Erhebungen für die Anträge auf Familienunterhalt und Mietzinsbeihilfe der Wehrpflichtigen betreffen. Die fünf ersten Anträge werden den zuständigen Gemeinderatsausschüssen zur weiteren Behandlung zugewiesen, der letztgenannte dem Magistrat.

Eine dringliche Anfrage der Gemeinderäte Dipl.-Ing. DDr. Strunz, Titze und Walzer (ÖVP) betrifft die geplante Errichtung eines Sessel-Liftes von Losenheim zur Sparbacherhütte an den Fadenwänden am Schneeberg. Ein Antrag der Gemeinderäte Nora Hiltl, Mühlhauser und Schwaiger (ÖVP) verlangt eine rasche und zufriedenstellende Lösung des Südtirol-Problems. Über die Verlesung, bzw. Besprechung der Anfrage und des Antrages soll vor Schluß der Sitzung abgestimmt werden.

Über den ersten Punkt der Tagesordnung, die Neufestsetzung der Gebühren für Privatdesinfektionen referiert GR. Dr. Eberle (ÖVP). Der Referent stellt fest, daß die Gebühren für Desinfektionen zum letzten Mal im Jahre 1956 geregelt wurden. Seither haben sich die Löhne, die Fuhrwerksleistungen und sonstigen Kosten erhöht, sodaß die Tarife den tatsächlichen Kosten nicht mehr entsprechen. Die Pflichtdesinfektionen werden weiterhin unentgeltlich durchgeführt. Die Kosten für die Privatdesinfektionen müssen jedoch um 30 Prozent erhöht werden.

GR. Dr. Schmidt (FPÖ) nimmt gegen die geplante Erhöhung Stellung. Man hätte seiner Ansicht nach versuchen müssen, die gesteigerten Personalkosten durch Rationalisierungen oder sonstige Einsparungen wettzumachen. Die öffentliche Hand sollte mit gutem Beispiel vorangehen und nicht laufend Preiserhöhungen beschließen. Kritik müßte auch an der Art der Privatdesinfektionen geübt werden. Die betroffenen Leute müssen oft tagelang warten, bis die Desinfektion durchgeführt wird und die Gefahr einer Verbreitung ansteckender Krankheiten sei daher groß.

GR. Hausner (KLS) spricht sich ebenfalls gegen die Gebührenerhöhung bei den Privatdesinfektionen aber auch gegen eine Neuerstellung des Tarifes für die Hygienisch-bakteriologische Untersuchungsanstalt aus. Er bezeichnet den Prozentsatz der Erhöhung als viel zu hoch. Seine Fraktion könne daher dem Antrag nicht zustimmen.

GR. Primarius Dr. Eberle stellt im Schlußwort fest, daß die Kosten der Privatdesinfektionen genau berechnet wurden. Leider gab es auch keine Möglichkeit, die erhöhten Kosten auf eine andere Weise hereinzubringen oder einzusparen.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag ohne die Stimmen der FPÖ und KLS angenommen.

GR. Dr. Jakl (SPÖ) referiert sodann über die Neuerstellung des Tarifes für die Hygienisch-bakteriologische Untersuchungsanstalt. Die genannte Untersuchungsanstalt besorgt alle chemischen physikalischen und bakteriologischen Untersuchungen der öffentlichen Wasserversorgung in Wien, einschließlich der Kontrolle der Hochquellen in den Quellgebieten, die Chlorierung des Wassers usw. Sie führt auch Untersuchungen für öffentliche Stellen, Krankenanstalten, Sozialversicherungsträger und auch für Privatparteien durch. Die Tarife für die Leistungen der Untersuchungsanstalt wurden zum letzten Mal im April 1956 geregelt. Sie waren bisher in verschiedene Gruppen und Untergruppen aufgliedert. Nach dem heutigen Stand ist es aber angezeigt nur nach unterschiedlichem Aufwand zu gliedern. Die Erhöhung beläuft sich auf 23 Prozent. Bei den Tarifen für radiochemische Untersuchungen, die im Jahre 1960 genehmigt wurden, macht die Erhöhung nur rund sechs Prozent aus.

GR. Dr. Schmidt (FPÖ) stellt fest, daß man auch hier hätte andere Wege finden müssen, als die 23prozentige Erhöhung. Seine Fraktion müsse daher den Antrag ablehnen.

GR. Dr. Jakl erwidert im Schlußwort, daß die Untersuchungen mit modernsten technischen Mitteln durchgeführt werden und die dazu geeigneten Apparate und Hilfsmittel heute teurer sind als im Jahre 1956.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag ohne die Stimmen der FPÖ und KLS angenommen.

GR. Nimmerrichter (SPÖ) referiert sodann einen Antrag auf Errichtung von zwei Trinkerfürsorgestellen in den bisherigen Tbc-Fürsorgestellen 9, Borschkegasse 1, bzw. 12, Längenfeldgasse 20. Glücklicherweise sind die Tbc-Erkrankungen infolge der guten Betreuung durch das Gesundheitsamt der Stadt Wien stark zugückgegangen, sodaß die Räume der genannten Tbc-Fürsorgestellen in Trinkerfürsorgestellen umgewandelt werden können. Bauliche Umänderungen sind hierfür nicht erforderlich. Diese Trinkerfürsorgestellen sollen den Namen "Gesundheitsschutz und Gesundheitsfürsorge der Stadt Wien" erhalten.

GR. Hausner (KLS) begrüßt die Errichtung von Trinkerfürsorgestellen. Er fordert gleichzeitig die Stadtverwaltung dazu auf, für die vermehrte Aufstellung von Milchsteraten, die Schaffung von Milchtrinkhallen in Parkanlagen und Gärten einzutreten. Es gäbe in Wien eine Unmenge von Wirtshäusern, aber viel zuwenig Milchtrinkhallen. Die private Initiative versage auf diesem Sektor, so müßte eben die Stadtverwaltung einspringen. Dem vorliegenden Antrag werde seine Fraktion die Zustimmung geben.

GR. Dr. Eberle (ÖVP) begrüßt den vorliegenden Antrag auf das wärmste und betont, daß damit ein Anfang gemacht wurde. Man müsse daher überlegen, welche Wege wir weitergehen können. Der Redner verweist auf die Erfolge der städtischen Tbc-Fürsorge und spricht die Hoffnung aus, daß auch der Alkoholismus, diese neue Seuche, die unser Volk bedroht, erfolgreich bekämpft werden kann. Zur Illustration der Gefahren des Alkoholmißbrauches führte der Redner an, daß jeder siebente Mann, der mit Verletzungen in eine Unfallstation eingeliefert wird, schwer berauscht ist. 63 Prozent aller Kopfverletzten, die in die Unfallstation eingeliefert werden, sind ebenfalls schwerstens betrunken. Nicht weniger als 50.000 Wiener sind heute bereits als Alkoholsüchtige registriert. Angesichts dieser erschütternden Tatsachen müsse man wohl alles unternehmen, um den Alkoholmißbrauch zu bekämpfen. Der Redner erinnert in diesem Zusammenhang an den von der ÖVP gestellten Antrag, die alkoholfreien Getränke aus der Getränkesteuer herauszunehmen. (Stadtrat Heller (SPÖ): Aber sie würden dadurch nicht billiger werden; das haben Beispiele in Österreich und Deutschland gezeigt!) Als Arzt, fuhr Dr. Eberle fort, müsse er dennoch den Rat geben, sich diese Angelegenheit zu überlegen. Überhaupt wäre es notwendig, mehr Propaganda für alkoholfreie Getränke, besonders für Milch zu machen.

GR. Liwaneč (SPÖ) meint, daß die von seinem Vorredner genannten Zahlen zu niedrig seien. Nur jene, die infolge ihrer Trunksucht schon mit einem Amt in Berührung gekommen sind, wurden dabei erfaßt. Er glaube, daß die Zahl weit über 100.000 liegt. So gesehen ist der vorliegende Antrag ein Teil unseres Kampfes um eine Besserstellung der Volksgesundheit.

Der Redner wendet sich auch gegen die weit verbreiteten Trinkunsitten und begrüßt, daß es in mehreren Großbetrieben, vor allem der verstaatlichten Industrie bereits gelungen ist, den Bierkonsum in einen Milchkonsum zu verwandeln. Demgegenüber steht der gigantische Reklameaufwand der Alkoholindustrie, sodaß heute allein in Wien jährlich mehr als eine Milliarde Schilling in Alkohol umgesetzt werden.

Zum Thema Steuerbefreiung weist der Redner auf ein Beispiel hin, daß die Probleme aufzeigt, die eine solche Maßnahme mit sich brächte. Es ist heute üblich, in Gaststätten und Kaffeehäusern

Coca Cola mit Rum zu servieren. Soll dieses an und für sich alkoholfreie Getränk unter diesen Umständen steuerfrei sein? Der Redner erinnert auch daran, daß der verstorbene niederösterreichische Landeshauptmann-Stellvertreter Kargl in seiner Heimatstadt Langenlois die Getränkesteuer überhaupt abgeschafft hat. Er mußte jedoch bald erkennen, daß keine Verbilligung der Getränke eintrat und daß die Abschaffung niemandem etwas einbrachte. Wirklich Abhilfe schaffen kann nur ein intensiverer Kampf gegen den Alkoholmißbrauch. Auch von der Produktionsseite müßte man hier etwas tun und die hohen Preise für Fruchtsaftgetränke ermäßigen.

Abschließend erklärt der Redner, daß der Beschluß des vorliegenden Antrages ein Teil einer wirklich praktischen Kulturpolitik und einer wirklich aktiven Familienpolitik darstelle. Die SPÖ werde daher ihre Zustimmung geben.

Im Schlußwort erklärt GR. Nimmerrichter, es sei erfreulich, daß alle Fraktionen sich für die Errichtung der Trinkerfürsorgestellen ausgesprochen haben.

Bei der Abstimmung wird der Antrag des Referenten einstimmig angenommen.

GR. Schreiner (SPÖ) referiert über einen Antrag, nach dem der Magistrat ermächtigt wird, bei der Österreichischen Kommunalkredit-AG ein Darlehen aufzunehmen, das zur Aufschließung von Industriegelände in Liesing dienen soll. Dieses Darlehen in der Höhe von 5,9 Millionen Schilling wird einer jetzt in Margareten in räumlich beengten Verhältnissen untergebrachten Werkzeugfabrik weitergegeben. Die Firma, die gegenwärtig 115 Arbeiter beschäftigt, bekommt dadurch die Möglichkeit, ihre Produktion zu erweitern.

GR. Hofstetter (SPÖ) verweist in der Debatte darauf, daß der Antrag ein Thema beleuchte, dem wir in Wien große Beachtung schenken müssen, nämlich die Neugründung von Industriebetrieben. Er verweist auf die Bemühungen der Bundesländer, auf ihrem Gebiet Betriebe anzusiedeln und meint, daß die Stadt Wien ebenfalls dafür sorgen müsse, damit nicht Betriebe in die Bundesländer abwandern.

Bei der Abstimmung wird der Antrag einstimmig angenommen.

Hierauf referiert GR. Planek (SPÖ) über den Antrag auf Genehmigung der Kosten und der Baubewilligung für die Adaptierung und Einrichtung des ehemaligen Schulgebäudes in der Zieglergasse 49 für die Landesbildstelle Wien-Burgenland. Die Kosten belaufen sich auf rund

drei Millionen Schilling.

GR. Gertrude Sandner (SPÖ) erklärt, daß das neue Haus der Landesbildstelle noch mehr Möglichkeiten bietet, unserer Jugend durch Bild und Film den Unterrichtsstoff lebendiger, lebensnaher und schmackhafter zu gestalten sowie alles das zu veranschaulichen, was durch das Wort allein nur ein leerer Begriff bliebe.

Eine kürzlich veranstaltete Ausstellung über die Wiener Landesbildstelle hatte einen verhältnismäßig geringen Besuch, was wohl darauf zurückzuführen ist, daß vieles, was in dieser Stadt geschieht, als selbstverständlich hingenommen wird. Erst durch Auslandsreisen und Besucher aus dem Ausland wird es uns bewußt, daß wir in einer Stadt leben, die nicht nur eine sehr berühmte Vergangenheit hat, sondern auch eine sehr lebendige Gegenwart, in der täglich Neues geschieht, um das Leben in unserer Stadt nicht nur gesünder und besser, sondern auch glücklicher zu gestalten. (Beifall bei der SPÖ.)

Die Landesbildstelle verfügt auch über ein reichhaltiges Archiv. Unseren Wiener Schulen, Volksbildungshäusern, Hochschulen und Jugendorganisationen stehen 10.000 Lichtbildreihen mit je zehn bis zwanzig Einzelbildern und 40.000 Einzeldiapositiven sowie fast 12.000 Filme zur Verfügung. So ein gehäufter Schatz hätte aber wenig Wert, wenn in unseren Schulen nicht die Vorführungsmöglichkeiten beständen. Heute besitzt jede Schule Wiens ein eigenes Filmgerät, einen eigenen Kleinbildwerfer, und 70 Prozent der Wiener Schulen auch Episkope. Erst dadurch kann in den Wiener Schulen Film und Lichtbild planmäßig in den Unterricht eingebaut werden.

Dadurch wird auch wertvolles insofern geleistet, als die jungen Menschen zum richtigen Schauen, zum richtigen Beobachten erzogen werden. Der Film hat seinen Siegeszug bis ins kleinste Dorf angetreten. Unsere Jugend drängt sich mit Gewalt zu diesem Filmgeschehen. Daran werden weder Verbote noch Gebote etwas ändern können. Uns bleibt nur die Wahl, ob wir die Jugend allein auf sich gestellt sich mit dieser Macht auseinandersetzen lassen, oder ob wir ihr dabei helfen. Es muß uns im Interesse einer gesunden Entwicklung der werdenden Generation gelingen, in unserer Jugend das Gefühl für Schund und Qualität zu wecken, sie von einem kritiklosen Hinnehmen des Gebotenen, sei es im Kino oder im Fernsehen, abzubringen.

Die Jugend muß Filme schauen lernen. Dieser Erziehungsaufgabe dient vor allem das Wirken unserer Landesbildstelle. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP.)

Nach einem Schlußwort des Berichterstatters Planek wird der Antrag einstimmig angenommen.

Stadtrat Heller (SPÖ) unterbreitet sodann den Antrag auf Neubau der Hietzinger Brücke und Umbau der anschließenden Straßenzüge. Wie er ausführt, gehört dieser Umbau zum Programm der Sanierung neuralgischer Verkehrsknotenpunkte. Der Querschnitt der Hietzinger Brücke genügt der heutigen Verkehrsleistung nicht mehr, und die Fußgänger und Benützer der Massenverkehrsmittel sind gerade an diesem Verkehrsknotenpunkt ganz besonders gefährdet.

Das Projekt sieht eine Erweiterung der Hietzinger Brücke um rund 25 Meter vor. Darüber hinaus besteht die Absicht, die schon bestehende Unterführung der Wientalstraße zu verlängern und auf 7,50 Meter zu verbreitern. Auch ein neues Stationsgebäude für die Stadtbahn soll errichtet werden, in dem auch sämtliche Umsteigestationen zu den Straßenbahnen untergebracht werden sollen, sodaß nach Fertigstellung des Projektes die Benützer der Massenverkehrsmittel keine Straßenzüge mehr überschreiten werden müssen. Die Baukosten werden nach vorläufigen Schätzungen rund 48 Millionen betragen.

GR. Neset (FPÖ) stimmt dem Umbau grundsätzlich zu, wirft aber die Frage auf, ob alle Möglichkeiten ins Kalkül gezogen wurden, damit sich die neue Brücke dann in die geplante Westeinfahrt der Autobahn einordnet und nicht etwa nach Fertigstellung des Werkes Umänderungen vorgenommen werden müssen. Der Redner benützt die Gelegenheit, an den Bund zu appellieren, so rasch wie möglich das Problem der Autobahneinfahrt Wien zu lösen.

GR. Traxler (SPÖ) begrüßt als Hietzinger Mandatar lebhaft das Projekt. Wenn die Hietzinger aus ihrem Bezirk auch ein kleines grünes Fußgängerparadies machen wollen, so heißt das nicht, daß sie nicht die Verkehrsschwierigkeiten besonders während der Stoßzeiten gesehen hätten. Schließlich hat die Zahl der Hietzinger Bevölkerung um 16 Prozent zugenommen, und es besteht ein starker Pendel- und Durchzugsverkehr. Wir haben daher auf eine Lösung

dieses neuralgischen Verkehrsknotenpunktes gedrängt und geben dem Projekt mit großer Freude die Zustimmung.

Der Redner bringt schließlich noch den Wunsch auf besseren Ausbau der Querverbindungen, etwa entlang der Verbindungsbahn, vor (Beifall bei der SPÖ.)

In seinem Schlußwort erklärt Stadtrat Heller, daß bei dem Projekt die geplante Führung der Autobahn berücksichtigt wurde. Wenn eines Tages der Bund die Autobahn auch dort zu bauen beginnt, wo es Verkehr gibt, und nicht nur dort, wo wenig Verkehr ist, dann wird dadurch das Verkehrsbauwerk Hietzinger Brücke in keiner Weise beeinträchtigt werden.

Bei der Abstimmung wird der Antrag einhellig angenommen.

Den nächsten Verhandlungsgegenstand bildet der Antrag auf Genehmigung des ersten Bauabschnittes der III. Wiener Wasserleitung, über den Stadtrat Koci (SPÖ) berichtet.

GR. DDr. Strunz (ÖVP) begrüßt die Errichtung der III. Wiener Wasserleitung. Der Wasserverbrauch ist in unserer Stadt **ständig** im Steigen und die Errichtung der III. Wiener Wasserleitung müßte daher mit allen Mitteln vorangetrieben werden. Die Wasservorkommen im Gebiet von Moosbrunn wären ausreichend und mit einem System von Brunnen müßte genügend Wasser gefördert werden können. Das geplante Großbauwerk dürfte Wien über mindestens 60 Jahre oder noch länger von jeder Wassernot befreien. Seine Fraktion werde daher dem Antrag die Zustimmung geben.

GR. Mistingher (SPÖ) stellt fest, daß sich der Wiener Gemeinderat in den kommenden Jahren noch öfter mit dem Problem der III. Wiener Wasserleitung wird beschäftigen müssen. Der Wasserverbrauch in unserer Stadt ist von 1939 bis 1959 um rund 45 Prozent gestiegen. Im Jahre 1919 hatten nur fünf Prozent aller Wiener Haushalte Wasser in der Wohnung. Im Jahre 1961 stehen wir bei etwa 65 bis 70 Prozent. 1910 gab es nur in 7.1 Prozent aller Wohnungen ein Badezimmer, heute dürften bereits rund 30 Prozent aller Wohnungen über ein Badezimmer verfügen. Wasser kann man nicht erzeugen. Man muß Quellen finden und diese müssen dann erst überprüft werden, ob sie zur Wasserversorgung überhaupt geeignet sind. Die Wasserwerke haben sich viele Jahre damit beschäftigt, ein ausreichendes und gutes Grundwasservorkommen zu finden. Die

Gegend von Moosbrunn dürfte nun jedoch allen Anforderungen entsprechen. Alle Vorarbeiten sind getroffen und der Wiener Gemeinderat beschließt den ersten Großpumpversuch. Es muß auch dafür vorgesorgt werden, daß die Abwässer der umliegenden Gemeinden richtig abgeleitet werden und nicht eine Verschmutzung des Trinkwassers verursachen. Alle diese Maßnahmen werden bedeutende Mittel erfordern. Die heute zu bewilligenden 20 Millionen sind nur ein erster Schritt. Möge dieser Großpumpversuch den gewünschten Erfolg haben, sodaß die Stadt Wien für die nächsten Jahre in ausreichender Menge über gutes Trinkwasser verfügen kann.

Stadtrat Koci dankt den Debatterednern für die Unterstützung seines Antrages. Der Referent verweist darauf, daß die Oberste Wasserrechtsbehörde alle Systeme zur Gewinnung des Wassers überprüft hat und das System zur Anwendung empfohlen hat, welches das beste Wasser liefert. Bei dem Großpumpversuch geht es nicht mehr um die Feststellung der Güte des Wassers, sondern darum, ob wir eine derart große Menge Wasser entnehmen können, ohne die Anrainer und die Landwirtschaft zu beeinträchtigen, und in welchem Ausmaß die Anrainer entschädigt werden sollen. Abschließend spricht Stadtrat Koci die Hoffnung aus, daß dieser Großpumpversuch keine Schwierigkeiten mit sich bringt und daß wir für die nächste Zukunft der großen Wassersorgen enthoben sein mögen.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag einstimmig angenommen.

GR. Bittner (ÖVP) referiert sodann über die Stellung eines verbindlichen Verkaufsangebotes an die Republik Österreich, betreffend Liegenschaften am Ringelseeplatz in Floridsdorf. Die Gemeinde Wien hat im Oktober 1959 dieses Areal erworben und will nun dem Bund, der sich seinerzeit schon für einen Teil des Grundstückes interessierte, diesen Teil für die Errichtung eines Gymnasiums überlassen.

GR. Dr. Marga Hubinek (ÖVP) spricht über die Schulraumnot in den Randbezirken Wiens. Durch das Angebot der Gemeinde Wien wird es dem Bund nun möglich sein, am Ringelseeplatz eine Bundesmittelschule zu errichten. Die Situation in diesem Gebiete Wiens ist auch dadurch so schwierig, daß die Besiedlung immer dichter wird. Nach den Wünschen unserer Stadtplaner soll aber am Ringel-

seeplatz nicht nur diese Bundesmittelschule entstehen, sondern auch eine Handelsakademie, eine Handelsschule, eine Sonderschule und ein Kindergarten sind dort geplant. Diese Schulstadt stellt ein sehr großzügiges Projekt dar, das mit allen Mitteln gefördert werden muß. Leider gibt es auch bei der Grunderwerbung noch Verzögerungen, da ein kleiner Teil des Grundstückes einem Schweizer gehört, der sich noch nicht zum Verkauf entschlossen hat. Allerdings befinden sich auf dem Areal auch "wilde Siedler", die keinerlei Rechtsansprüche auf die Benützung dieser Grundstücke haben. Man wird sich hier jeden einzelnen Fall genau ansehen müssen und wenn es sich um Fälle echter Obdachlosigkeit handelt, die Menschen entsprechend unterbringen müssen. Die Errichtung der geplanten Schulen dürfte keineswegs durch den "Amtsschimmel" verzögert werden.

GR. Hedwig Lehnert (SPÖ) begrüßt die geplanten Schulneubauten. Schwierigkeiten haben sich leider in der Erwerbung eines Teilgrundstückes ergeben. An der Absiedlung der sogenannten "wilden Siedler" sehe sie keine Schwierigkeit. Die Stadtverwaltung habe schon viele Grundstücke freigemacht. Außerdem handle es sich bei den Benützern der genannten Grundstücke um keine "wilden Siedler", sondern um Menschen, die lieber in ihren Wohnwagen als in Wohnungen wohnen. Die Rednerin spricht die Hoffnung aus, daß auch der Bund seine Arbeiten forcieren möge, und daß man mit dem Schweizer bald zu einem Abschluß kommt. Von Seiten der Stadtverwaltung ist der Wille vorhanden, die Schulneubauten sehr rasch zu ermöglichen.

Stadtrat Sigmund (SPÖ) stellt fest, daß er dieses Musterbeispiel dazu verwenden muß, den Ruf nach einem Bodenbeschaffungsgesetz zu erheben. Die Erwerbung solcher Grundstücke sei für die Gemeinschaft notwendig und dürfte von einem einzelnen nicht unmöglich gemacht werden. Der Grundeigentümer, er verfügt nur über einen geringen Teil des genannten Grundstückes, hat auf alle Anfragen überhaupt nicht reagiert. Vor einigen Tagen endlich konnte ein Aussprache mit ihm erzielt werden und es ist zu hoffen, daß man in absehbarer Zeit zu einer Einigung kommt. Der Vorwurf der GR. Hubinek den Amtsschimmel betreffend, müßte zurückgewiesen werden. Die Beamten der Magistratsabteilung 69, die sich mit den Grundangelegenheiten beschäftigen, sind sehr überlastet

und tun alles in ihrer Macht stehende. Sie verdienen es nicht, daß ihre Arbeit so beurteilt wird. Abschließend stellt Stadtrat Sigmund fest, daß er sich glücklich schätzen wird, wenn die Stadt Wien auch noch den letzten Rest des Grundstückes wird erwerben können.

GR. Bittner kommt abschließend noch auf die Schwierigkeiten zu sprechen, die durch die Schulraumnot verursacht werden. Der Bau der Mittelschule sei von großer Wichtigkeit. In der augenblicklich zur Verfügung stehenden Schule sei ein Fassungsraum für 500 Schüler. Benützt werde die Schule aber von 1.100 Schülern. Auch der Bau der Handelsakademie sei eine Notwendigkeit für den 21. Bezirk. Die Ausführungen der GR. Dr. Hubinek, bezüglich "Amtschimmel" dürften mißverstanden worden sein. Es sei nicht gemeint, daß die Beamten schlecht oder langsam arbeiten, aber daß man manche Verkürzungen dadurch erreichen könnte, wenn man zum Beispiel wegen einer Kleinigkeit keinen Brief schreibt, sondern dies telephonisch erledigt. Da keine Abänderungsanträge gestellt wurden, bitte er um Annahme des vorliegenden Antrages.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag einstimmig angenommen.

Hierauf wird die dringliche Anfrage der ÖVP wegen der geplanten Errichtung eines Sesselliftes auf den Schneeberg behandelt. Die Anfrage, die vom Schriftführer verlesen wird, lautet: "Der Schneeberg ist das Wasserzuzugsgebiet für die I. Wiener Hochquellenleitung. Im Interesse einer einwandfreien Trinkwasserversorgung für die Wiener Bevölkerung hat dort die Gemeinde Wien im Laufe der Jahrzehnte um Millionenbeträge große Grundstücke erworben und auch alle nur möglichen Sicherheitsmaßnahmen getroffen, die ein möglichst reines Trinkwasser für Wien garantieren.

Als vor einigen Jahren die Absicht bestand, eine Gondelbahn auf den Hochschneeberg zu errichten, hatte sich auf Grund einer Stellungnahme des Wiener Gesundheitsamtes die Wiener Stadtverwaltung strikte gegen ein neues Personenbeförderungsmittel in dieser Gegend ausgesprochen. Dabei wurde argumentiert, daß es ganz gleichgültig sei, in welcher Gegend des Schneeberges ein derartiges Beförderungsmittel errichtet werde, da sich durch einen verstärkten Besuch die Gefahr der Verunreinigung des Trinkwassers wesentlich erhöhe. Außerdem wäre es auch eine unangenehme Notwendigkeit, wegen einer zusätzlichen Verunreinigung das Trinkwasser

stärker zu chlorieren. Trotz dieser damals im Interesse der Wiener Volksgesundheit von Fachleuten begründeten und erfolgten grundsätzlichen Ablehnung jedes weiteren Ausbaues von Personenbeförderungsmitteln im Schneebergmassiv ist es unverständlich, daß nun zur Errichtung eines Sesselliftes von Losenheim auf die Sparbacherhütte am Fuße der Fadenwände des Schneeberges die Wiener Wasserwerke ihre Zustimmung gegeben haben sollen.

Da derzeit schon eine Sicherheitschlorung des Trinkwassers aus der I. Hochquellenleitung notwendig ist und durch die Errichtung dieses Sesselliftes ein sehr verstärkter Besucherstrom nicht zu verhindern wäre, was insbesondere in bakteriologischer Hinsicht eine vergrößerte gesundheitliche Gefahr für die Wiener Bevölkerung mit sich brächte, stellten die gefertigten Gemeinderäte an den Herrn Bürgermeister die dringliche Anfrage, ob der Herr Bürgermeister unter Bedachtnahme auf die gesundheitliche Gefährdung der Wiener Bevölkerung bereit ist, die Errichtung des Sesselliftes von Losenheim zur Sparbacherhütte zu unterbinden."

Zur Begründung erhält GR. Dipl.-Ing. DDr. Strunz (ÖVP) das Wort. Er verweist auf die Gefahren für das Wiener Trinkwasser durch die Errichtung des Sesselliftes. 200.000 bis 250.000 Personen jährlich würden zusätzlich in dieses Gebiet kommen, was eine verstärkte Überwachung und Erhöhung der Chlorierung des Wassers bedeuten würde.

Bei der Abstimmung wird der Antrag auf Besprechung einstimmig angenommen.

Zur Besprechung erhält wieder GR. Dipl.-Ing. DDr. Strunz das Wort. Er verweist nochmals darauf, daß durch die zusätzliche Personenbeförderung Gefahren für die Trinkwasserversorgung Wiens gegeben erscheinen. In ein bis zwei Tagen wäre dieses verunreinigte Wasser bereits in Wien. Dabei ist heute schon die Qualität des Trinkwassers viel schlechter als vor einigen Jahren. Der Schutz unserer Quellen ist daher dringend erforderlich.

Der Vorsitzende, GR. Fürstenhofer (SPÖ) teilt mit, daß der Bürgermeister Stadtrat Koci beauftragt habe, die Anfrage zu beantworten.

Stadtrat Koci (SPÖ) verweist darauf, daß sich das Gebiet, von dem die Rede ist, weder im Quellschutzgebiet befindet, noch gehört es der Gemeinde Wien.

Der Wiener Bürgermeister hat also keine Möglichkeit, die Errichtung dieses Sesselliftes zu unterbinden. Der Stadtrat schildert dann kurz die Vorgeschichte der Angelegenheit. Vor Jahren hat eine Gesellschaft den Plan gefaßt, eine Gondelbahn zu bauen und die Gemeinde Wien hat dagegen Einspruch erhoben. Auf Grund eines Gutachtens, das die Oberste Wasserrechtsbehörde dem Verkehrsministerium übermittelte, hat dieses die Errichtung einer Gondelbahn abgelehnt, jedoch die Errichtung eines Sesselliftes bis zur Sparbacher Hütte genehmigt. Dagegen hat nun die Gesellschaft ihrerseits Einspruch erhoben, weil sie nur die Gondelbahn bauen will. Dem Wiener Bürgermeister ist es selbstverständlich auch nicht möglich, in dieses schwebende Verfahren einzugreifen. Wir alle wollen, daß unser Wasser geschützt bleibt. Die Gemeinde Wien hat jedenfalls nichts versäumt, sondern viel mehr getan, was rechtlich geschehen konnte.

Schließlich gelangt der Antrag der ÖVP-Gemeinderäte Nora Hiltl und Genossen, betreffend eine rasche und zufriedenstellende Lösung des Südtirol-Problems, zur Verhandlung, für den die Antragsteller die dringliche Behandlung verlangten.

Der Antrag hat folgenden Wortlaut: "Der Gemeinderat der Bundeshauptstadt Wien ist der Ansicht, daß eine zufriedenstellende Lösung des Südtirol-Problems nicht nur eine Angelegenheit des Landes Tirol ist, das sich natürlich wegen seiner geschichtlichen und volkstümlichen Einheit mit Südtirol besonders verbunden fühlt, sondern auch alle Länder des Bundesstaates Österreich, daher selbstverständlich auch die Bundeshauptstadt Wien betrifft.

Das schon jahrelang den Südtirolern vorenthaltene Recht auf Selbstverwaltung und die an unzähligen Beispielen erhärteten Vorfälle und Maßnahmen, die dazu angetan sind, die Existenz der Südtiroler in ihrem eigenen Lande wirtschaftlich, kulturell und als deutschsprachige Volksgruppe in Frage zu stellen, haben die österreichische Bevölkerung verbittert und in ihr ein echtes Solidaritätsgefühl für die bedrängten Freunde in Südtirol aufkommen lassen.

In der letzten Zeit hat sich nun die Situation in Südtirol derart zugespitzt, daß man geradezu von faschistischen und kolonialistischen Methoden sprechen kann, denen die Südtiroler wehrlos ausgeliefert sind.

Da sich die von den Vertragspartnern des Pariser Abkommens geführten Verhandlungen in Klagenfurt gestern ohne Annäherung der gegenseitigen Standpunkte vertagt haben, erscheint eine rasche Bereinigung des Südtirol-Problems nicht gegeben, und somit ist auch keine Besserung der Lage in Südtirol garantiert. Unter dem Eindruck dieser Tatsache herrscht in der Bevölkerung Wiens eine enttäuschte Stimmung, der die Volksvertreter dieser Stadt entsprechendes Gewicht geben und zum Ausdruck bringen wollen, daß die österreichische Bundesregierung mit Nachdruck alles daran setzen wolle, um die Südtirol-Frage einer gerechten Lösung zuzuführen. Die gefertigten Gemeinderäte stellen daher den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Wiener Gemeinderat, die freigewählte Volksvertretung der Bundeshauptstadt Wien, fordert einmütig die Bundesregierung auf, dafür Sorge zu tragen, daß den Südtirolern die ihnen durch den Pariser Vertrag zugesicherten Autonomierechte ehestens voll und ganz zuteil werden. Ebenso möge raschest erreicht werden, daß die schikanösen und zur Charta der Menschenrechte im krassen Widerspruch stehenden Maßnahmen gegen die Südtiroler eingestellt bzw. aufgehoben werden."

In der Begründung zu diesem Antrag verweist GR. Nora Hittl (ÖVP) darauf, daß die Sache Südtirol für ganz Österreich eine Herzensangelegenheit ist. Jeder von uns war erschüttert, welche scharfe Maßnahmen gegen die Südtiroler in den letzten Wochen unternommen wurden. Wir dürfen uns nicht darauf verlassen, daß das allein eine Sache des Bundeslandes Tirol oder der Bundesregierung ist. Hier müssen alle Bundesländer, vor allem die Bundeshauptstadt Wien, die Bundesregierung auffordern, daß wirklich alles unternommen wird, damit dieses Problem zu einer befriedigenden Lösung geführt wird und die Südtiroler endlich in befriedigender Weise behandelt werden.

Wir sind in Wien mit Recht stolz darauf, daß wir vom europäischen Geist getragen sind. Wien hat in den vergangenen Jahren so viele Beweise dafür geliefert, daß es im europäischen Geist arbeitet, darum müssen wir darauf hinweisen, daß auch das Problem Südtirol im Sinne eines geeinten Europa gelöst werden muß. (Beifall bei der ÖVP.)

GR. Marek (SPÖ) hebt gleichfalls hervor, daß Südtirol eine Herzensangelegenheit der Wiener und der österreichischen Bevölkerung ist, erklärt aber, daß es sich ausschließlich um ein Problem des Bundes handelt. Ich staune, sagte er, daß die Antragstellerin und ihre Parteigenossen die Behauptung aufstellen, daß es in den Verhandlungen in Klagenfurt zu keiner Annäherung gekommen ist. Dr. Kreisky sagte, in sachlicher Hinsicht sind keine Fortschritte erzielt worden, aber die Italiener hätten ein echtes Interesse an der Lösung dieses Problems gezeigt. Dr. Steiner sagte, das Erfreuliche war, daß man mit der italienischen Delegation erstmals konkret über die österreichischen Forderungen verhandeln konnte. Auch Dr. Gschnitzer zeigte sich ziemlich zufrieden. Die Kommentare der heutigen Presse bestätigen dies.

Dieses außenpolitisch so heikle Problem soll nicht mit Anträgen gestört werden. Selbst der Nationalrat, der gestern tagte, hat in weiser politischer Voraussicht geschwiegen. Denn man könnte hier wertvolles Porzellan zerschlagen. Wir sind daher der Meinung, daß die Bundesregierung vom Wiener Gemeinderat nicht ermahnt werden sollte, raschest zu arbeiten. Hier wurde rasch gearbeitet! Es war ein Teamwork und es wurde alles Menschenmögliche getan, um einer gerechten Lösung die Tür zu öffnen. Wir alle wissen, daß man mit der Sprengung von Denkmälern und mit der Beschädigung von Bahnanlagen nationale Probleme nicht lösen kann. Aber wir haben zur österreichischen Regierung und zu den Mitgliedern der Delegation Vertrauen.

Weil wir der Meinung sind, daß die österreichische Delegation alles tut, um dieses Problem einer gedeihlichen Lösung zuzuführen, und weil wir wissen, daß endlich eine Atmosphäre geschaffen wurde, die uns berechtigt, Verhandlungen in Zürich mit Zuversicht entgegenzusehen, halten wir diesen Antrag für keine gute Sache. Daher sind wir nicht in der Lage, einen Antrag, den wir als Störmöglichkeit betrachten, die Dringlichkeit zuzuerkennen. Würden wir dem Antrag die Dringlichkeit zuerkennen, käme dies einem Mißtrauensantrag gegenüber der Bundesregierung gleich. (Beifall bei der SPÖ.)

Bei der Abstimmung wird dem Antrag gegen die Stimmen von OVP und FPÖ die Dringlichkeit nicht zuerkannt.

(Ende des Sitzungsberichtes)